

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt.

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Ausgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppelgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383
Kassierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus)
Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 14. Juni 1930

34. Jahrgang

Nummer 24

Für den Schutz der Arbeitskraft und gegen wirtschaftliche Katastrophenpolitik

Die große Kundgebung der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen am 30. Mai in Berlin wurde bereits in der Nr. 23 des „Steinarbeiter“ kurz erwähnt. Neben den Führern der Gewerkschaften war auch die Regierung mit dem Reichsarbeitsminister Stegerwald stark vertreten.

Aus dem Referat von Franz Spliedt „Für den Schutz der Arbeitskraft“ bringen wir folgenden Auszug:

Die außerordentlichen Staatsschwierigkeiten, in denen sich Reich, Länder und Kommunen befinden, bilden zur Zeit den erwünschten Anlaß, einen Generalangriff gegen die Einrichtungen der deutschen Sozialpolitik durchzuführen. Zu untersuchen ist daher die Behauptung, ob in der Tat die Sozialpolitik Ursache der gegenwärtigen Finanznot des Reiches ist und ob durch einen Abbau der Sozialpolitik eine Sanierung der öffentlichen Wirtschaft und gleichzeitig eine Belebung der Volkswirtschaft erzielt werden kann.

Da die Angriffe in erster Linie gegen die deutsche Sozialversicherung richten und eine Einschränkung dieser sozialen Leistungen verlangen, seien zunächst die Verhältnisse innerhalb der Sozialversicherung, besonders diejenigen innerhalb der im Mittelpunkt des Kampfes stehenden Arbeitslosenversicherung noch einmal geschildert. Wenn die Arbeitslosenversicherung mit einer Verschuldung gegenüber dem Reich von fast 800 Millionen heute in der Tat zu einer der schwersten Belastungen des Reichsetats geworden ist, so ist dafür weder eine falsche Konstruktion der Versicherung, noch ein ins Gewicht fallender Mißbrauch der Leistungen, sondern ausschließlich die fürchterliche Arbeitslosigkeit verantwortlich. Diese Lasten zu tragen, ist die vornehmste Pflicht des Staates, solange die Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch Aufnahme der Arbeitssuchenden in die Wirtschaft nicht gelingt. An dieser Notwendigkeit kann durch keinerlei Reform Wesentliches geändert werden; daher können auch keinerlei Reformen wesentliche finanzielle Entlastungen zur Folge haben. Auch die Beschlüsse, die der Vorstand der Reichsanstalt gegen die Stimmen der maßgebenden Gewerkschaften gefaßt hat, können diesen Erfolg nicht haben. Sie müssen andererseits gegenüber der verhältnismäßig geringen erhofften Ersparnis von etwa 100 Millionen Reichsmark eine berechtigige Empörung in der gesamten, von ihnen betroffenen Arbeitnehmererschaft auslösen. Nicht auf dem Wege kleinlicher und schikanöser Beschränkungen der Leistungen, sondern nur auf dem Wege gesunder und auf lange Sicht angelegter Arbeitsmarktpolitik kann eine wirkliche Entlastung erzielt werden. Dagegen kann heute und wahrscheinlich auf absehbare Zeit hinaus auf eine umfassende Versorgung der Arbeitslosen, die insbesondere eine Ausdehnung der Krisenunterstützung auf alle Berufe und auf die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit in sich schließt, nicht verzichtet werden.

Irrig ist auch die Auffassung, daß die zur Durchführung der Arbeitslosenunterstützung notwendigen Mittel durch den Abbau sonstiger Sozialleistungen, insbesondere derer der Krankenversicherung, eingepart werden könnten. Ziel der auch von uns als notwendig anerkannten organisatorischen Reform der Krankenversicherung kann nur die gesteigerte Wirksamkeit und Leistungsfähigkeit dieser Versicherung, niemals aber die Beschränkung ihrer Leistungen sein.

Mit dem Kampf um den Abbau der sozialen Leistungen verbinden sich, und zwar nicht zufällig, die Angriffe des Unternehmertums auf das Lohnniveau des deutschen Arbeitnehmers. Niemals werden die Gewerkschaften anerkennen, daß eine weitere Verminderung der Marktlöhne gerade der deutschen, vornehmlich auf den Inlandsmarkt angewiesenen Wirtschaft einen gesunden Antrieb geben könnten. Der Kampf um die Sozialversicherung und der Kampf um den Lohn verfolgen beide das gleiche Ziel: Bei der Verteilung der inneren Lasten in Deutschland den Lebensstandard des deutschen Arbeitnehmers zu senken. Demgegenüber erklären die Gewerkschaften rechtzeitig und deutlich in aller Deutlichkeit, daß sie solchen Versuchen den feierlichen Protest und die ganze Widerstandskraft der deutschen Arbeitnehmererschaft entgegenstellen werden.

Aus dem Referat von W. Eggert „Gegen wirtschaftliche Katastrophenpolitik“ geben wir folgendes wieder: Wenn von der katastrophalen Wirtschaftslage gesprochen wird, so darf dieses Urteil nicht unbesehen hingenommen werden. Es ist ein Unterschied zu machen zwischen der Lage auf dem Arbeitsmarkt, die tatsächlich katastrophal ist, und der Entwicklung der Unternehmungen, die im Durchschnitt die gleichen Mengen produzieren wie in den Vorjahren und die gleichen Dividenden verteilen konnten. Während also die Arbeitskraft brach lag, ist bei den Unternehmungen nur eine Stocung eingetreten.

Die Ursachen der augenblicklichen Krise sind die oft falschen Rationalisierungsmassnahmen, die Zollpolitik, die Preispolitik der Kartelle und besonders die rückwärtslose Drosselung der Auslandskredite.

Die von der Unternehmern vorgeschlagene Lohnsenkung würde bedeuten, daß die Kaufkraft des Binnenmarktes, der mehr als vier Fünftel der deutschen Produktion aufnimmt, geschwächt würde. Wie kann man überhaupt von einer Senkung der Löhne in einem Augenblick sprechen, in dem die Regierung sich bemüht, die Lebensmittelpreise in die Höhe zu treiben? Die Gewerkschaften verlangen im Gegenteil Preisentfaltungen, um die verminderte Kaufkraft wieder anzulegen. Wenn diese Preisentfaltungen zu einer zeitweiligen Verzögerung der Rentabilität führen, so ist das volkswirtschaftlich gerechtfertigt. In Notzeiten muß eben die Kapitalbildung hinter der Forderung nach Stärkung der Kaufkraft zurücktreten. Das fehlende Kapital ist vom Auslande hereinzuholen.

Die dürftige Lebenshaltung der Erwerbslosen muß trotz der augenblicklichen Krise sichergestellt werden. Die Gewerkschaften

haben schon vor Monaten ein Notopfer vom Besitz und Vermögen gefordert. Freilich schaffen Steuern keine neue Kaufkraft, aber sie lenken die Kaufkraft an die gefährdeten Punkte und können daher, planmäßig angewendet, eine Wirtschaftsbelebung in die Wege leiten. Die Regierung hat die Pflicht, planmäßige Konjunkturpolitik zu treiben und insbesondere eine Stärkung des Baumarktes zu erstreben.

Der Redner schloß mit den Worten:

„Her mit einem auskömmlichen Notopfer auf Besitz und Einkommen zur Sicherstellung der Erwerbslosenunterstützung!“

Her mit einem allgemeinen Preisabbau! Her mit einer vernünftigen Konjunkturpolitik der Auftragsbehörden!

Die Not ist groß. Die Stunde mahnt. Alle Verantwortlichen mögen sich bewußt sein: Es geht ein Schrei durch das Volk: Verantwortliche, gebt Arbeit!

Der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald nahm zu den angeschnittenen Problemen Stellung. Er ging aus von der gegen-

Sächsische Landtagswahl!

Am 22. Juni werden in Sachsen die Landtagsabgeordneten neu gewählt. Bei dieser Wahl steht für das arbeitende Volk nicht nur Sachsens sehr viel auf dem Spiel; denn große Teile des sogenannten Bürgertums treiben durch ihre kurzsichtige und arbeiterfeindliche Politik zu Zuständen, wie wir sie in Thüringen mit dem Naziminister Frick beobachten können. Sachsen, das ausgeprägteste Industrieland mit seiner sozialistisch und gewerkschaftlich geschulten Arbeiterschaft darf nimmermehr zum Spielball politischer Säuglinge werden! Darum, Kollegen und Verbandsmitglieder, keiner stehe abseits im Werben und Wirken für eine lückenlose proletarische Stimmenabgabe, und keiner darf im Zweifel darüber sein, welcher Partei er zum Erfolg verhelfen muß.

Die Lebensinteressen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft werden nur von der Sozialdemokratischen Partei ehrlich und wirksam vertreten! Alle Verleumdungen und Verdächtigungen im Wahlkampf und auch sonst dürfen keinen unserer Kollegen kopfscheu machen; denn der ganze Wahlkampf ist lediglich darauf zugeschnitten, den Einfluß der aufgeklärten Arbeiterschaft zurückzudrängen. Deshalb auch der gehässige, verleumderische Kampf aller anderen Parteien gegen die politische Vertretung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft.

Der Wahltag in Sachsen am 22. Juni hat, wie bereits angedeutet, über Sachsens Grenzen hinaus Bedeutung für das gesamte arbeitende Volk in der deutschen Republik. Darum, Kollegen und Verbandsmitglieder, am 22. Juni wird die Stimme abgegeben nur für die Sozialdemokratische Liste. Rüttelt Säumige wach, Wankelmütige richtet auf, laßt euch durch Wahllügen von rechts und links nicht irre machen. Sachsens Arbeiterschaft wird am 22. Juni beweisen, daß sie, ihrer Vergangenheit gedenkend, auch für die Zukunft zu bauen versteht.

wärtigen Weltkrise, die in den großen strukturellen Wandlungen in der Weltwirtschaft ihre Ursache hat. Die Produktionsfähigkeit in Industrie und Landwirtschaft sind dem Bedarf weit vorausgeeilt. (Aus dieser Erkenntnis müßte der Minister auch schließen, daß der Bedarf zweifellos befriedigt werden kann, wenn die notwendigen Voraussetzungen dazu geschaffen werden. Anm. d. R.) Stegerwald kam dann auf die Krisen der Landwirtschaft, auf die Verknappung des Kapitalmarktes usw. zu sprechen. Die Kapitalnot ist groß, denn um 2 Millionen Arbeitslose normal beschäftigen zu können, sind etwa 6 Milliarden Mark notwendig. Bei 70 Milliarden Mark Volkseinkommen entfallen 46 Milliarden auf Löhne und Gehälter, davon auf Arbeiter und Angestellte 33 bis 34 Milliarden. Deutschland gibt aus für Sozialversicherung einschließlich der Arbeitslosenversicherung 6,5 Milliarden, für Wohlfahrtspflege 1,5 Milliarden, für Kriegsbeschädigte 1,4 Milliarden, an Beamtenpensionen 1,9 Milliarden, für Reparationen 2 Milliarden und an höheren Zinsen 2 Milliarden. Das macht für diese sechs Posten allein über 15 Milliarden Mark oder 20 Prozent des Volkseinkommens oder 30 Prozent der Löhne und Gehälter oder etwa 44 Prozent des Einkommens, das die versicherungspflichtigen Arbeiter und Angestellten beziehen. Die Reichsregierung hofft, wenn der Reichstag ihren Vorschlägen zustimmt, in kurzer Frist 120 bis 150 000 Arbeitern Arbeit und Brot verschaffen zu können. Für die übrigen Arbeitslosen muß gesorgt werden.

Die Aussprache brachte eine wertvolle Ergänzung der in den Hauptreferaten vorgebrachten Forderungen und Vorschlägen. Zugleich waren sie eine schwere Anlage gegen die verkehrte Wirtschaftspolitik in Deutschland. Der Vorsitzende des deutschen Bau-

gewerksbundes, Nicolaus Bernhard, befaßte sich in erster Linie mit der Krise auf dem Baumarkt, wobei er auch auf den Straßenbau hinwies. Seitdem es eine Organisation der Bauarbeiter gibt, hat es noch niemals ein solches Elend unter den Bauarbeitern gegeben wie gegenwärtig. Mehr als 600 000 Bauarbeiter aller Berufe sind arbeitslos. Bernhard belegte diese Behauptung sehr wirkungsvoll mit Ziffern aus den Verbänden der Zimmerer, Maler, Dachdecker und Steinarbeiter. Im Vorjahr haben 100 000 Bauarbeiter noch nicht einmal 26 Wochen Arbeit gehabt. Diese Zahl wird sich auf mindestens 250 000 in diesem Jahre erhöhen. Der Baugewerksbund hat vom 1. Oktober 1929 bis 1. April 1930 rund 11 Millionen Mark für Unterstützungen aufgewandt. Nach Berechnungen der Baugewerks-Berufsgenossenschaften haben die Bauarbeiter ein Jahreseinkommen von 1676 Mark. Es ist höchste Zeit, daß etwas gegen diese Katastrophe geschieht. Die heutige Kundgebung muß als ein SOS-Ruf der großen Gefahr gelten. Der Kollege Schöller vom Textilarbeiterverband beleuchtete die Verhältnisse in der Textilindustrie. Auch hier Massenelend unter der Arbeiterschaft. Dabei wird die Rationalisierung in der Textilindustrie noch weiter durchgeführt. Die Mechanisierung geht so weit, daß ein Arbeiter bis 16 mechanische Webstühle bedienen muß. Kein Wunder, daß die Arbeitslosigkeit so mächtig anschwillt. Recht treffende Ausführungen machte Dr. Croner als Vertreter des Fabrikbundes. Die Angestellten fühlen sich mit den Arbeiterverbänden durchaus solidarisch im Kampfe gegen den Abbau der Arbeitslosenversicherung. Die von den privaten Angestelltenverbänden gemachten Vorschläge zielen darauf hinaus, aus der Arbeitslosenversicherung eine veredelte Armenfürsorge zu machen. Das sind Handlangerdienste für die Reaktion.

Der Vorsitzende des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Alwin Brandes, ging in seinen Ausführungen auf die Konflikte in der Schwerindustrie ein. Es ist bezeichnend, daß stets jeder Generalangriff auf Löhne oder Arbeitszeit von der weitestgehenden Schmerindustrie zuerst angezettelt wird. Alle anderen Zweige der Wirtschaft sollen dann zu gleichem Vorgehen veranlaßt werden. So auch jetzt wieder. Eine Senkung der Eisenpreise ist notwendig. Andere Länder sind in dieser Beziehung schon längst vorangegangen. Die hohen Eisenpreise sind um so weniger berechtigt, weil die Erzeugnisse, die Frachttarife und die Schrottpreise usw. wesentlich niedriger stehen. Zu dem verbilligten Rohmaterial kommen noch die Wirkungen der Rationalisierung. Der Werkaufkauf seitens großer Konzerne führt zur Vernichtung volkswirtschaftlicher Werte. Eine Lohnsenkung würde die Wirkung der Preisentfaltung völlig aufheben. Die gleichen Kreise, die ein einmaliges Notopfer für die Besitzenden ablehnen, sind aber damit einverstanden, daß die schlechtbezahlten Arbeiter der Schwerindustrie ein dauerndes Lohnopfer von 10 Prozent bringen sollen. Die Arbeiterschaft kann sich das nicht gefallen lassen. Der Reichsarbeitsminister lehnt eine schwere Verantwortung auf sich, wenn er diesen Schiedspruch für verbindlich erklärt.

Der Vorsitzende dieser Versammlung, Peter Grafmann, faßte zum Schluß den Ernst der Situation noch einmal zusammen. Die Arbeiterschaft werde jetzt alle Kräfte zusammenfassen, um in den kommenden Stürmen bestehen zu können. Wenn es keine Gewerkschaften gebe, so müßten sie in dieser Zeit geschaffen werden, da ohne sie der Arbeitende sowohl als der Arbeitslose von Lohndruck und Arbeitslosigkeit zermalmt würden. Es liegt nun an der Regierung und an den Unternehmern, ihr Möglichstes zu tun!

Die Arbeitslosenversicherung und die Arbeitskrise werden noch längere Zeit im Mittelpunkt der Beratungen stehen. Der Bundesausschuß des ADGB hat bereits schon früher Vorschläge gemacht, wie die Schwierigkeiten beseitigt werden können. Dazu gehört neben der Verkürzung der Arbeitszeit, deren Notwendigkeit bei fortschreitender Rationalisierung der Wirtschaft immer mehr hervortritt, die Bereitstellung von Mitteln zur Weiterführung aller öffentlichen, den Arbeitsmarkt belebenden Arbeiten, des Wohnungsbaues, insbesondere des gemeinnützigen Kleinwohnungsbaues, des Straßenbaues, dann ist die Ausdehnung der Krisenfürsorge ein dringendes Gebot. Angehts dessen, daß die Städte rund 300 000 Erwerbslose in der Wohlfahrt zu betreuen haben, forderte der Bundesausschuß die Ausdehnung der Krisenfürsorge auf alle, insbesondere auch auf die baugewerblichen Berufe, sowie die Einführung einer für die Dauer der Arbeitslosigkeit unbegrenzten Bezugsdauer. Jede Regierung wird in Deutschland scheitern, die es nicht versteht, das Arbeitslosenproblem zu lösen!

Kleinpflaster oder Leertstraße?

Herr Landesoberbaurat Becker vertritt in der Denkschrift zum Etat 1930 der Kurhessischen Landstraßenbauverwaltung die Anschauung, daß die Leertstrassen bei jeder ernsthaft in Frage kommenden Lebensdauer der Kleinpflasterdecke wirtschaftlich überlegen sei. Die Ausführungen der Denkschrift sind von interessierter Seite in die breite Öffentlichkeit der Tagespresse, vor allem der Provinzpresse geleitet worden.

Ein Fachmann, Stadtbaurat Dr.-Ing. Trauer, Breslau, nimmt einen in dem Mindener Tageblatt Nr. 95 erschienenen Artikel „Gelndot und Straßenbau“, der sich die Ausführungen der Beckerschen Denkschrift zu eigen macht, zum Anlaß, um die dort und in der Beckerschen Denkschrift aufgestellten Behauptungen zu widerlegen.

In seiner Widerlegung führt Dr. Trauer unter anderem aus: 1. Herr Becker hat noch im Jahre 1927 in einem Aufsatz „Das Fazit 1927“ (erschieden in der Zeitschrift „Die Steinstraße“, Nr. 3,

1928) die Ueberlegenheit des Kleinpflasters ausdrücklich anerkannt. Es berührt daher eigentümlich, wenn er zwei Jahre später einen völlig entgegengesetzten Standpunkt einnimmt. Die Begründung, daß jener Auffatz für die Gesamtheit der deutschen Techniker bestimmt war, die Denkschrift aber nur für die hessischen Körperschaften, ist nicht stichhaltig.

2. Herr Becker vergleicht eine 5 Meter breite neuzeitliche Decke ohne seitlichen Rantenstreifen mit einer 5 Meter breiten Kleinpflasterdecke mit beiderseitigem je 0,5 Meter breitem Schutzstreifen im Tränkverfahren, also 5 Meter Nutzbreite mit 6 Meter Nutzbreite. Die Unterhaltungskosten für Kleinpflaster mit 0,05 Mark pro Quadratmeter sind bei dem zum Vergleich beider Bauweisen anzunehmenden mittelstarken Verkehr nicht gerade knapp, die für Tränkdecken mit 0,10 Mark pro Quadratmeter bei diesem Verkehr für so niedrig gegriffen. Das Prinzip der Zerstörung, bei dem die Decke innerhalb ihrer Lebensdauer nur notdürftig unterhalten wird, um dann völlig erneuert zu werden, ist unhaltbar und führt daher zu falschen Ergebnissen.

3. Die Erfahrungen der Autoverkehrsbahn in Braunschweig ergeben, daß Kleinpflaster bei den meisten Verkehrsarten und -arten zu den wirtschaftlichsten Befestigungen gehört.

4. In der Denkschrift wird eine Kleinpflasterdecke von 40 Jahren Lebensdauer einer Tränkdecke von 15 Jahren gegenübergestellt. Eine solche Kleinpflasterdecke ist brauchbar und haltbar für Verkehrsarten noch über 2000 t p. Tag, eine Tränkdecke kaum für solche von 1000 t pro Tag, wenn nicht der Unterhaltungsaufwand außerordentlich ansteigen soll. Kleinpflaster kann bei sorgfältiger Herstellung mit 0,02 bis 0,03 Mark pro Quadratmeter jährlich unterhalten werden bei einem Verkehr, bei dem die Tränkdecke etwa 0,35 Mark pro Quadratmeter erfordert. In vielen Großstädten sind Kleinpflasterstraßen mit schwerem Verkehr vorhanden, die in 15 bis 20 Jahren noch nicht die geringsten Unterhaltungskosten verursacht haben und heute noch tadellos liegen. Bei Zugrundelegung obiger Zahlen ergibt sich bei Zinsfuß von 5,78 Prozent in jedem Falle noch eine wirtschaftliche Ueberlegenheit des Polygonal-Kleinpflasters.

5. Die Behauptung, daß das Risiko bei Ausführung von Kleinpflaster größer sei als bei neuzeitlichen Decken, trifft nicht zu. Es ist allgemein bekannt, daß das seit Jahrzehnten eingebürgerte Kleinpflaster von jedem Steinsetzmeister einwandfrei ausgeführt werden kann, während der Bau der meisten neuzeitlichen Decken eine ungewöhnlich große Erfahrung der Unternehmungen voraussetzt.

6. Soziale Rücksichten drängen zum Bau von Kleinpflasterstraßen, da der Anteil der Löhne bei Kleinpflaster wesentlich größer als bei den neuzeitlichen Decken ist, wenn man alle inländischen Löhne, also auch die in dem Steinbruche geleisteten berücksichtigt. Wenn die Steinarbeiter feiern — wie es zur Zeit in ganz Deutschland in größtem Ausmaße der Fall ist, so müssen sie trotzdem zur Fröstung ihres Lebens Erwerbslosenunterstützung erhalten. Es ist daher Aufgabe aller verantwortlichen Stellen, dafür zu sorgen, daß nicht auf der einen Seite wertvolle Kräfte unbeschäftigt bleiben und gleichwohl unterhalten werden müssen, während auf der anderen Seite aus Mangel an Mitteln billigere Bauweisen dort angewendet werden, wo sie wirtschaftlich nicht am Platze sind.

Dr. Trauer kommt daher zu dem Schluß, daß die Kleinpflasterdecke bei dem im allgemeinen auf den Landstraßen herrschenden mittelstarken Verkehr wirtschaftlich der Tränkdecke überlegen ist. Er ist der Anschauung, daß nicht Fachleute aus der Not eine Tugend machen sollten, um mit Zahlen zu rechtfertigen und für richtig zu beweisen, was bei gewissem Verkehr nur ein Notbehelf sei.

Aus den Ausführungen ergibt sich die dringende Forderung, daß in den meisten Fällen wirtschaftlichste Straßenbauweise, der Kleinpflasterstraßen, in Zukunft größere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Vor allem sollte bei Kostensparungen für Straßenbau und bei sonst mit öffentlichen Mitteln unterstützten Straßenbauten hauptsächlich die Kleinpflasterdecke gewählt werden, da der Baustoff und der Bau selbst in weitestem Maße Lohnarbeit bringen und so die Erwerbslosennot mildern.

Sahlen aus der Sozialversicherung

Mehr wie zu anderen Zeiten wird heute über die deutsche Sozialversicherung geschrieben. Während auf der einen Seite von den Arbeitgebern Abbaumaßnahmen, Leistungseinschränkungen, Ab-

schwächung der Selbstverwaltung usw. gefordert werden, versuchen die freien Gewerkschaften die Versicherung in ihrem heutigen Umfang mit allen Kräften zu verteidigen und zu erhalten. Leider bringt eine große Anzahl Versicherter und Arbeitnehmer dieselben so wichtigen Dingen nicht das nötige Interesse entgegen. Sie wissen höchstens, daß ihnen irgendein Versicherungsträger bei Krankheit, Wochenbett, Betriebsunfall oder beim Eintreten der Invalidität Leistungen zu gewähren hat. Damit hört ihre Sachkenntnis aber meist auch gleich auf. Diese Arbeiter sind nicht im Bilde, welche Bedeutung die Versicherung für das Volksganze, für das gesamte Wirtschaftsleben usw. hat. Die in den folgenden Zeilen angegebenen Zahlen sollen einmal die Tatsache dieser allgemeinen Bedeutung der Versicherungseinrichtungen erhärten.

Die einzelnen Versicherungszweige umfassen heute folgende Mitglieder:

Krankenversicherung	21,6 Millionen
Anfallversicherung	23,3 Millionen
Invalidenversicherung	18,0 Millionen
Knappschaftsversicherung	0,8 Millionen
Angestelltenversicherung	3,3 Millionen
Arbeitslosenversicherung	17,0 Millionen

Man kann aber nun nicht einfach diese Zahlen zusammenrechnen, um die Gesamtzahl der überhaupt in Deutschland unter den Versicherungsschutz fallenden Arbeitnehmer zu erhalten. Es geht dies aus dem Grunde nicht, als ja jeder einzelne Versicherte meist gleichzeitig mehreren Versicherungszweigen angehört. In den obigen Zahlen sind jedoch diejenigen Betreuten nicht mit einhaltend, die als Familienangehörige der Versicherten Ansprüche auf Leistungen haben. Daß diese Zahl ebenfalls nicht gering ist, geht daraus hervor, daß man beispielsweise allein die durch die Krankenversicherung betreuten Familienangehörigen auf rund 17 Millionen schätzt. Im großen und ganzen rechnet man damit, daß rund $\frac{1}{3}$ der gesamten Bevölkerung durch die sozialen Versicherungseinrichtungen erfasst sind. Interessant sind auch die folgenden zahlenmäßigen Angaben. Diese zeigen die ungeheure wirtschaftliche Bedeutung der Versicherungen. (Teilweise handelt es sich bei diesen Zahlen um Schätzungen.) Die gesamte Beitragseinnahme der Sozialversicherung betrug im Jahre 1929 rund 4974 Millionen RM. (Es sind hier sämtliche Zweige der Versicherung zusammengekommen.) Die gesamte Einnahme überhaupt (einschließlich Zinsen usw.) betrug im gleichen Zeitraum 5700 Millionen RM. Aus diesen beiden Zahlen geht hervor, daß sich die Einnahmen zum weitaus größten Teil aus den Beiträgen der Arbeitgeber und der Versicherten zusammensetzen. Im gleichen Jahre betrug die gesamten Ausgaben für Leistungen 4986 Millionen RM. Die Ausgaben insgesamt (einschließlich Verwaltungskosten usw.) werden mit 5380 Millionen RM. angegeben. Das gesamte Reinerlösen der Versicherungsträger wird mit rund 4000 Millionen RM. angenommen. Bedenkt man, daß die Ausgaben eines einzigen Jahres 5,380 Milliarden betragen haben und vergleicht man damit das Vermögen der Versicherungsträger (4 Milliarden RM.), so muß man zu der Folgerung kommen, daß von einer wirklichen Rücklage, auf die im Falle der Not zurückgegriffen werden kann, nicht die Rede sein kann.

Die Zahl der bei den Versicherungsträgern tätigen Angestellten und Beamten betrug im Jahre 1928 etwa 60 000. Im Verhältnis zu anderen Einrichtungen mit einem ähnlich hohen Umsatz (Reichsbahn, Reichspost) erscheint die Zahl der hauptberuflich Tätigen in der Sozialversicherung gering. Es kommt aber noch dazu, daß eine große Zahl Personen ehrenamtlich als Vertreter in den Organen der Versicherungsträger tätig sind. Genaue Angaben fehlen hierüber. Die Zahl von 300 000 wird jedoch nicht zu gering sein. Viel geschrieben und geredet wird stets über die hohen Verwaltungskosten der Versicherungsträger. Diese sind jedoch lange nicht so hoch, wie immer wieder behauptet wird. So betragen im Jahre 1928 im Verhältnis zu den Gesamtausgaben die Verwaltungskosten in der

Krankenversicherung	6,6 Prozent
Invalidenversicherung	6,5 Prozent
Angestelltenversicherung	9,32 Prozent
Anfallversicherung	13,58 Prozent

Aus dieser Zusammenstellung geht hervor, daß die angegebene Krankenversicherung die niedrigsten Verwaltungskosten hat.

Diese angegebenen Zahlen mögen genügen. Sie zeigen, welchen Umfang und welche Bedeutung die Sozialversicherung hat. Unsere Aufgabe besteht darin, dafür zu sorgen und einzutreten, daß die Versicherungen mindestens in ihrem heutigen Umfang erhalten bleiben!

Erste Hilfe bei Betriebsunfällen

Betrachtet man die Geschäftsberichte der Berufsvereinigungen, so liest man immer wieder Klagen darüber, daß die Vorsorge für die erste Hilfe bei Unglücksfällen in sehr vielen Betrieben sehr viel zu wünschen übrig läßt. Wenn sich in einigen Betrieben auch die Verbandsstellen in gutem Zustande befinden, so fehlen sie bei anderen Betrieben entweder ganz oder sind in einem sehr mangelhaften Zustand, oder so verformt, daß ein derartiger Verband eher schädlich ist, als daß er eine „erste Hilfe“ darstellt. Wie bekannt sein dürfte, sind die Berufsvereinigungen als Träger der Unfallversicherung verpflichtet, dafür zu sorgen, daß bei Unfällen dem Verletzten eine wirksame erste Hilfe zuteil wird. In den Unfallverhütungsvorschriften können die Genossenschaften den Arbeitgebern Verpflichtungen für die erste Hilfe bei Unfällen auferlegen. Von dieser Ermächtigung haben wohl auch sämtliche Träger der Unfallversicherung Gebrauch gemacht. Durch besondere technische Aufsichtsbeamte lassen die Genossenschaften die Betriebe daraufhin kontrollieren, daß die Unfallverhütungsvorschriften und damit die Vorschriften über die erste Hilfe auch wirklich eingehalten werden. Leider werden diese Kontrollen noch lange nicht in dem gewünschten und dem notwendigen Maße vorgenommen, sonst dürften derartige Klagen, wie sie eingangs angeführt wurden, nicht immer wieder laut werden.

Aber nicht nur die Berufsvereinigungen haben die Pflicht, über die Sicherheit von Körper und Leben der Arbeitnehmer zu wachen, sondern auch die allgemeine Gewerbeaufsicht durch die Gewerbeaufsichtsbeamten. Daß diese auch keine guten Erfahrungen gemacht haben, zeigt ein Schreiben, welches der preussische Minister für Volkswohlfahrt gemeinsam mit dem preussischen Minister für Handel und Gewerbe an ihre nachgeordneten Behörden und Stellen gerichtet haben. Es heißt in demselben: „Es hat sich gezeigt, daß in den gewerblichen Betrieben nicht immer das für die erste Hilfe bei Unfällen erforderliche Notverbandzeug vorhanden ist.“ Weiter heißt es in dem Schreiben: „In den Verbandstuben der Industriebetriebe usw. ist meistens Personal tätig, das seine Ausbildung entweder im Kriege oder in den vom Roten Kreuz oder anderen Organisationen veranstalteten kurzen Kursen der ersten Hilfe bei Unglücksfällen (oft schon vor vielen Jahren) erhalten hat. Die Ausbildung dieses Personals ist nicht selten sehr mangelhaft, und das, was von der Ausbildung nach Verlauf mehrerer Jahre noch übriggeblieben, sehr gering.“ Wir können diese Ausführungen nur unterstreichen. Die beiden Minister weisen weiter darauf hin, daß in den Verbandstuben statt dieser notdürftig und oft mangelhaft ausgebildeten Helfer geprüfte Krankenpfleger verwendet werden sollen. Es wird weiter darauf hingewiesen, daß es heute genügend unbeschädigte, voll ausgebildete und staatlich geprüfte Krankenpflegepersonen gibt. Die Gewerbeaufsichtsbeamten sollen bei ihren Kontrollen darauf achten und zu erreichen suchen, daß diesem berechtigten Wunsch der beiden Ministerien Rechnung getragen wird. Ob sie damit bei den Arbeitgebern Erfolg haben, bleibt abzuwarten.

Kolleginnen und Kollegen Väter und Mütter!

Eure gewerkschaftliche Pflicht ist noch nicht erfüllt, wenn ihr nur selbst der Organisation angehört. Eure Pflicht ist es, die erwerbstätigen Familienangehörigen, besonders auch die in der Heimarbeit Beschäftigten, der zuständigen Gewerkschaft zuzuführen.

Eure im Lehrverhältnis sich befindlichen Söhne und Töchter gehören in die Jugendabteilung des zuständigen Verbandes.

Der Gang der englischen Entwicklung

Die englische Gewerkschaftsbewegung hat in den letzten elf Jahren eine gar eigenartige geistige Entwicklung durchgemacht. Wohl blieb England Sieger im großen Weltkrieg, Industrie und Handel aber waren geschwächt, das gesellschaftliche Leben aus den Fugen gerissen. Im Gegensatz zu Deutschland war wohl das staatliche Leben intakt, es gab keine Verfassungskämpfe, keinen Streit um die Farben des Reichsbanners. Der „Union Jack“ blieb wie zuvor das Symbol des englischen Volkes. In den Versammlungen der Arbeiterpartei sang man zwar nicht „God save the King“ (Gott schütze den König), die englische Demokratie war schon vor dem Kriege stark entwickelt, mit der Volksseele aufs innigste verwachsen. Nicht der König — der nur Apotheose ist — hatte den Krieg gewonnen, sondern Lloyd George, der aus dem Volke emporgestiegene Staatsmann, der dann im Siegesrausch seine politische Macht im reaktionären Sinne ausnützte. Dieser Mißbrauch der staatlichen Gewalt trieb die Gewerkschaften zum revolutionären Syndikalismus und teilweise sogar zum — Bolschewismus. So befanden sich die Gewerkschaften in den ersten Jahren nach dem Kriege in einer Zwangsmühle. Der Parlamentsfraktion der Arbeiterpartei aber waren die Hände gebunden. Die hervorragendsten Führer der Partei, wie J. Ramsay MacDonald, Philip Snowden waren in den „Siegeswahlen“ unterlegen. So griff man zur „wirtschaftlichen Aktion“, glaubte dem Bolschewismus Konzessionen machen zu müssen.

Am Beginn dieser widerspruchsvollen Epoche ragte der sogenannte „Dreibund“ hervor, eine Art Allianz zwischen den Verbänden der Eisenbahner, Verkehrs- und Kohlenbergarbeiter. Schon beim Streik der Bergarbeiter 1921 brach der Dreibund im April am „schwarzen“ Freitag zusammen. Unfalsch ist es, wenn die Kommunisten vom „Verrat“ der Führer reden, denn nicht den Führern fehlte der Mut, sondern den Eisenbahnern, die im gegebenen Moment „nicht bereit“ waren und den Führern die Gefolgschaft versagten. Warum? Es handelte sich um einen Sympathiestreik für die Bergarbeiter, der Dreibund erwies sich als ein tölpelner Popanz.

1926 beim Generalstreik erreichte die spezifisch-syndikalistische Bewegung ihren Höhepunkt. Will man eine Lehre aus dieser englischen Entwicklung ziehen, so ist es diese:

Trotz aller revolutionären Aufwallungen ist es nicht so einfach, die kapitalistische Weltordnung ohne weiteres aus den Angeln zu heben. Leichter ist es schon, darüber zu philosophieren, warum man in der revolutionären Epoche „den ganzen Blunder“ nicht in den Abgrund stürzte und der Morgenröte der neuen Zeit den Weg ebnete. Ein Blick auf den Gang des Geschehens zeigt aber klar und deutlich, daß das außer in Rußland nirgendwo möglich war. Die bourgeoise Schicht in Rußland war im Gegensatz zu denjenigen der europäischen Länder schwach, betrug keine 10 v. H. der Bevölkerung. Freilich meinen die Ueberwiesenen, mit etwas mehr „Druck“ hätte es überall wie in Rußland werden können. Siehe Italien, Ungarn u. a. m. Wurde doch in Italien der Faschismus gerade deshalb zur regierenden Partei, weil es den Arbeitern 1920 nicht möglich war, die von ihnen besetzten Fabriken im Handumdrehen zu verwalten. Zwar ging die Be-

wegung Englands nicht so weit, doch ist die zu ziehende Schlußfolgerung die gleiche wie in Italien, Ungarn, Deutschland.

Die meisten Beobachter des englischen Lebens begriffen den Gang der Ereignisse nicht. Das zu können war auch nicht leicht. Dieselben Führer, die noch kurz vor dem Generalstreik von der „Einheitsfront“ mit den Bolschewits träumten, sprachen nun plötzlich vom „Wirtschaftsfrieden“, plädierten für einen „Burgfrieden“ mit dem Unternehmertum. Das Unbegreifliche des Umschwunges war, von „Burgfrieden“ sprach man zur Zeit, als die konservative Regierung ihre koalitionsfeindliche Gewerkschaftsvorlage im Parlament zum Gesetz erhob. Was war der Anlaß zu diesem plötzlichen, geradezu erstaunlichen Umschwung, den der Gewerkschaftskongress von 1927 sanktionierte? Ein Blick auf die deutsche Geschichte gibt den Schlüssel hierzu. Trotz aller revolutionären Aufwallungen in Deutschland vergangen es die deutschen Gewerkschaften nicht, eine Gewerkschaftsgelehrte zu schaffen, die einzigartig ist. Wohl hörte man in der deutschen revolutionären Epoche häufig die Klage, die Revolution sei zu einer Lohnfrage heruntergedrückt worden. Das ist bis zu einem gewissen Grade in der Tat richtig. Die „Lohnfrage“ war das Resultat einer „Ursache“. Was in den ersten Tagen der Revolution geschah, war grundlegend für den deutschen Wiederaufbau: Schaffung des deutschen Tarifrechts, des Schlichtungs- und Betriebsrätegesetzes. Die Sucht zum Rutsch verpuffte schließlich, was aber blieb, war die verfassungsmäßige Verankerung des Tarifrechts mit dem Schlichtungswesen. Heute darf jeder einzelne Gewerkschafter mit Stolz auf diese Errungenschaften blicken. Wohl hatten vor dem Kriege die meisten von uns alle Hoffnung auf die „Eroberung der politischen Macht“ gesetzt, nun stellte sich heraus, wichtiger vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus betrachtet ist es, den Kampf um die Wirtschaftsdemokratie zu führen.

Freilich, auch in England tobte in den ersten Jahren nach dem Kriege der Kampf um die „industrielle Demokratie“ (wie es im Englischen heißt), der durch die „revolutionäre Phrase“ einfach verdrängt wurde. Durch Gesetz entstanden die Industrierräte, als Mittel zur Einleitung der Demokratisierung der Wirtschaft. Was man jedoch vergaß, war, dem Betriebsrätewesen eine gezielte Grundlage zu geben.

Als die englischen Gewerkschaften 1927 auf ihrem Jahreskongress die „Kriegsphilosophie“ offiziell abstreiften und den „neuen Weg“ beschritten, fingen sie den 1919 gelponnenen Faden wieder auf — griffen auf das deutsche Beispiel zurück. Das alles klingt paradox. Blicke wir Deutsche vor dem Kriege nicht auf die Bücher der Eheleute Sidney und Beatrice Webb wie auf eine Bibel? Unser Streben war es doch, ein Gewerkschaftsrecht nach englischem Muster aufzubauen. Und nun nach der Revolution sollten sich mit allem Ruck die Rollen vertauscht haben? So sonderbar das auch alles scheint, es ist so. Freilich ging man nicht weit genug. Im Gegensatz zu Deutschland wollte man mit Hilfe des bekannten Mond-Turner-Ausschusses — einer Arbeitsgemeinschaft — ohne staatlichen Eingriff zur Wirtschaftsdemokratie kommen. Ob der Versuch als gelungen betrachtet werden kann, wagen wir nicht zu behaupten. Vielleicht wählten die englischen Gewerkschaften den falschen Weg. Zweifellos wäre es besser gewesen, sich nicht zuviel auf den guten Willen des Unternehmertums zu verlassen. Wie in Deutschland hätte man die

Gesetzgebung in den Dienst der Sache spannen müssen. Dieser Weg wurde nicht beschritten. Nach langem Zögern haben sich nun zwar die Unternehmerorganisationen entschlossen, im Sinne des Mond-Turner-Programms zu arbeiten, jedoch hängt noch alles in der Schwebe. Zugegeben muß werden, die Lösung der gestellten Probleme ist nicht so einfach. Das zu lösende Hauptproblem lautet:

Kann die so notwendige Rationalisierung in der Weise auf großer Stufenleiter, mit Hilfe gegenseitiger Verständigung zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen durchgeführt werden, daß erstens die so sehr aus dem Laem gegangene Wirtschaft wieder auf den Stand gebracht wird, der notwendig ist, um England neuerlich an erste Stelle der industriellen Länder zu heben, und zweitens, kann die Rationalisierung ohne erhöhte Arbeitslosigkeit durchgeführt werden? Oder kann wenigstens durch erhöhte Produktivität — die doch das Ziel jeder Rationalisierung ist — gleichzeitig der Lebensstandard der Arbeiter gesteigert werden? Letzten Endes hat doch erhöhte Produktivität erhöhte Kaufkraft zur Voraussetzung.

Schließlich ist die Sache auch so, es herrscht zwischen Gewerkschaften und Unternehmertum Einverständnis darüber, daß die englische Industrie wieder in Gang gebracht werden muß. Man will aus der Krise heraus. Trotz allem Internationalismus ist das das A und O aller Volkswirtschaft. Ueber das Ziel also herrscht Einigkeit. Ueber die Wege, die zum Ziele führen, darüber diskutiert man, weshalb auch der richtige Name des Mond-Turner-Ausschusses: Comité der wirtschaftlichen Reorganisation ist. Die englische Gewerkschaftsbewegung weiß, daß die Industrie neue Methoden braucht, weshalb man für Rationalisierung ist. Wie aber soll die Rationalisierung bewerkstelligt werden, durch Verständigung mit den organisierten Arbeitern oder gegen die Gewerkschaften? Das ist das Problem, an dessen Lösung die englische Gewerkschaftsbewegung der letzten drei Jahre arbeitet.

„Ernährungswirtschaftliche Belastung . . .“

Auf dem 3. Deutschen Alkoholgegnertag, der vom 23. bis zum 25. Juni in Dresden stattfindet, soll der bekannte Ernährungswissenschaftler Dr. M. Hindhede über die ernährungswirtschaftliche Belastung durch den Alkoholismus sprechen. Hindhede hat die Leitsätze seines Vortrages in humorvoller Weise zusammengefaßt. Da sie nicht nur für den Kongress selbst Bedeutung haben, wollen wir unseren Lesern diese scharfen, nicht ganz unberechtigten, dabei aber amüsanten Zeilen nicht vorenthalten:

Homo sapiens, der „weiße Mensch“, ist das tränklichste Säugetier der Welt geworden. Dies Säugetier stirbt nicht, sondern begeht Selbstmord. Es frißt, trinkt und raucht sich zu Tode.

Wenn wir ein natürliches Leben führen, uns im wesentlichen von Pflanzenkost ernähren und auf die giftigen Genussmittel verzichten wollten, würden alle Krankheiten — mit Ausnahme einiger Epidemien — verschwinden, wir würden 100 Jahre alt werden und schließlich vor Alterschwäche ohne vorausgehende Leiden sterben.

Rundschau

Warum nur solcher Schwindel? Der christliche Verband macht seit Wochen die größten Anstrengungen in allen größeren und kleineren Steinbruchsgebieten, um seinen zusammenschlussenden „Berufsverband der Steinarbeiter“ zu stärken. Dagegen ist nichts einzuwenden, nur die Art und Weise, wie dies in einzelnen Bezirken gemacht wird, muß man als Schwindel, also als bewußte Unwahrheiten brandmarken. Der Redaktion liegt ein mit Schreibmaschinenchrift vervielfältigtes Flugblatt vor, datiert: „Rosenheim, den 10. Mai 1930.“ Es wendet sich „an die Kollegen in der Pflastersteinindustrie“ und ist unterzeichnet „Die Bezirksleitung, Gastingner, Rosenheim, Innstraße 44“. Der zweite Absatz in dieser Flugblatt lautet:

„Die zollfreie Einfuhr von schwedischen Pflastersteinen, die ermöglicht wurde durch das Verhalten der Sozialdemokratischen Partei im Reichstag, macht 5000 Steinarbeiter im Bayerischen Wald brotlos.“

Solche Unwahrheiten sollten sich vor allem nicht jene zuschulden kommen lassen, die für die Wirtschaftsinteressen einer bestimmten Gruppe wirken und werben wollen. Denn Voraussetzung dafür ist, daß man diese Industriebranche und alles was sie bedrückt wirklich kennt. Sonst laßt man lieber die Finger davon, denn als Scharlatan, was gleichbedeutend ist mit Schwärzer, angesehen zu werden, hat sich in der realen Gewerkschaftspolitik noch immer gerächt. Der beklagenswerte gegenwärtige Wirtschaftszustand in der deutschen Pflastersteinindustrie hat ganz andere Ursachen als den schwedischen Handelsvertrag. Jeder einigermaßen geschulte Steinbrucharbeiter könnte den christlichen Bezirksleiter Gastingner in Rosenheim darüber belehren und weiter auch darüber, daß in der christlichen Agitation trotz aller großen Worte aus Mücken keine Elefanten gemacht werden können.

Weiterer Rückgang der Geburtenziffern. Der Geburtenrückgang in Deutschland hat sich auch im abgelaufenen Jahre fortgesetzt. Dies ist um so bemerkenswerter, weil die Eheschließungen gegenüber dem Vorjahre zugenommen haben. Die allgemeine Heiratsziffer betrug im Jahre 1929 9,2 auf 1000 Einwohner gegen 7,8 im Jahre 1913. Es ist also eine starke Zunahme der Eheschließungen zu verzeichnen, die voraussichtlich bis zum Jahre 1935 anhalten wird. Die Lebendgeborenenziffer betrug 1929 auf 1000 Einwohner 17,9 gegen 18,6 1928, 18,4 1927 und 26,9 1913. Die Gesamtzahl war im Jahre 1929 mit 16,73 Millionen um rund 140 000 größer als im Vorjahre. Der Bestand an verheirateten Frauen hat infolge der zahlreichen Eheschließungen noch stärker zugenommen. Er betrug um die Mitte des Jahres 1929 nach Berechnungen des Statistischen Reichsamts etwa 8,25 Millionen gegen 8,1 Millionen im Jahre 1928. Die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer bei den Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren hat in den Jahren 1926 bis 1929 folgende Entwicklung durchgemacht: (1913=100) 65, 61, 61 und 59. Die eheliche Fruchtbarkeitsziffer weist noch eine stärkere Senkung auf. Sie betrug in den genannten Jahren: (1913=100) 68, 63, 63 und 60. Als in den Jahren 1927 und 1928 eine so geringe Geburtenziffer erreicht war, glaubte man wahrhaftig nicht, daß es noch tiefer gehen könnte. Wie die Entwicklung gezeigt hat, war dies durchaus möglich. Der Geburtenüberschuß war im Jahre 1929 mit 340 733 oder 5,3 auf 1000 Einwohner bedeutend niedriger als zu irgendeinem Jahr außer der Kriegszeit. Die Sterbefälle haben infolge der strengen Kälte und der Grippeepidemie ebenfalls zugenommen. Der gesamte Bevölkerungsverlust im Jahre 1929 beträgt 90 000. Es ist eine rechnungsmäßige Bevölkerungszunahme von 292 767 zu verzeichnen. Die Bevölkerung des Deutschen Reiches ist demnach auf 64 104 000 zu beziffern. Der ständige Geburtenrückgang macht den Bevölkerungstheoretikern große Sorge. Sie sehen bereits den Niedergang des deutschen Volkes voraus. Ueber sie dürften sich aber die Herrschaften klar sein: es kann der arbeitenden Bevölkerung nicht verübelt werden, wenn sie angesichts der schwierigen Lage, mit dem Geburtengegen zurückhält.

Lohn und Miete. Durch die Unternehmerzeitungen geht eine Berechnung, daß eine Erhöhung der Miete um 10% bei den kleinen Einkommen nur den geringen Satz von 0,95% des Lohnes ausmacht, bei Jahreseinkommen über 2500—3000 RM. nur gar 0,84%, also von einer Reichsmark Lohn oder Gehalt nicht mal einen ganzen Pfennig. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir diese Notiz als einen ersten Fühler betrachten, der ausgestreckt wird, um zu erkunden, ob gegen eine derartige Erhöhung der Mieten viel Einspruch erhoben wird? Trifft diese Vermutung zu, dann dürfte in nächster Zeit eine Flut solcher und ähnlicher Notizen durch die gesamte Unternehmerpresse und der dazu gehörigen „Generalanzeiger“ gehen, um auf diese Art und Weise einen neuen Raubzug auf die Taschen aller Kleinverdiener vorzubereiten. Darum gilt es schon den ersten Regungen dieser Art entgegenzutreten. Es bedarf wohl keiner besonderen Beweisführung, daß die große Masse der Arbeiter heute nicht in der Lage ist, auch nur den kleinsten Lohnanteil weiter zu opfern, ohne sich diese neue Mehrausgabe vom Munde abjudeln zu lassen. Warten wir erst einmal ab, bis die Millionen von Arbeitslosen untergebracht und die Millionen von Feierschichten aufgehört haben! In der heutigen Zeit die schmale Basis des Lohnes für Ernährung und Kleidung noch zu schmälern, wäre ein Verbrechen an der Volksgesundheit und Volksgemeinschaft! Wahrscheinlich will man die von der preussischen Regierung genehmigte Erhöhung von 4% als Anlaß nehmen, eine weitere Erhöhung auf der ganzen Linie einzutreten zu lassen.

Die Entlassungen der Stamarbeiter. Die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt werden sehr deutlich beleuchtet dadurch, daß die Zahl der Entlassungen auf Unterstützung sich häufen, daß also Arbeiter zur Entlassung kommen, die seit Gründung des Reichsanstalts am 1. Oktober 1927 keine Unterstützung bezogen haben. Beim Landesarbeitsamt Westfalen hat sich die Zahl der Entlassungen seit November 1929 von 20 auf 40% erhöht. Es sind also in großem Umfange eingearbeitete Stamarbeiter zur Entlassung gekommen. In

einigen Bezirken des obigen Landesarbeitsamts erhöhte sich die Zahl der Entlassungen sogar auf 50%. Im Mai läuft dort die Sperrfrist von 100 Stilllegungsanträgen ab, wodurch wiederum zahlreiche Arbeiter im Industriegebiet zur Entlassung kommen. Der Ruhrkohlenbergbau hat seit Ende Januar eine Belegschaftsverminderung um 35 000 Mann erfahren, doch ist der Tiefstand noch nicht erreicht. Es sind überall wenig erfreuliche Gesichtspunkte, die man wahrnimmt, wenn man das Arbeitsproblem betrachtet.

Die Zollpolitik verschärft die Krise. Die neudeutsche Zollpolitik ist geeignet, große Verstimmungen im Auslande hervorzurufen. Unsere größten Kunden auf dem Weltmarkt sind auch zum Teil die Lieferanten von Agrarprodukten. Es ist natürlich, daß diese sich gegen eine Politik auflehnen, die ihren Absatz schmälert. Im B.V.C. Nr. 238 wird über die Lage im Maschinenbau berichtet, wobei folgendes ausgeführt wird: „Die Erhöhung der Agrarzölle hat in zahlreichen Abnehmerländern eine starke Verärgerung gegen Deutschland hervorgerufen, die wie wir hören, bereits wesentliche Ausfälle an Maschinenaufträgen im Auslande nach sich gezogen hat.“ — Das engverflochtene Wirtschaftsleben der heutigen Zeit verträgt nun einmal nicht solche stoßweisen Veränderungen der Wirtschaftspolitik. Der Nutzen der Agrarzölle wiegt die Verschlechterungen nicht auf, die damit verbunden sind.

Der erhöhte Roggenzoll in Kraft. Mit Wirkung vom 26. Mai tritt eine Verordnung in Kraft, wonach der Zollsatz für Roggen auf 15 Mark und der Zollsatz für Gerste zur Viehfütterung auf 12 Mark je Doppelzentner erhöht wird. Damit glaubt man, die Preisbildung auf dem Roggenmarkt zugunsten der Landwirtschaft fühlbar genug beeinflussen zu haben. 15 Mark je Doppelzentner Roggenzoll bedeutet eine Verdreifachung gegenüber der Vorkriegszeit. Der hohe Zollsatz für Gerste wird den Schweinemästern ernste Sorge bereiten. Nunmehr haben die Herren um Schiele ein wichtiges Teilziel erreicht. Wir werden bald sehen, welche Folgen sich nunmehr einstellen.

Die Entfaltungsmöglichkeiten der kapitalistischen Wirtschaft. Es wird viel über die Zukunft der kapitalistischen Wirtschaft geredet und geschrieben. Man spricht bereits von einem Niedergang dieser gewaltigsten aller Wirtschaftsepochen. Wir vermögen diese Ansicht nicht ganz zu teilen. Rund 60 Prozent der Erdbevölkerung sind Analphabeten, mithin nicht als Kulturmenschen nach unseren Begriffen anzupreisen. Ungefähr dieselbe Zahl kommt nach einer Berechnung des Konjunkturinstituts nicht als Käufer von Industriewaren in Betracht. Im Wochenbericht Nr. 8 wird hierüber das folgende ausgeführt: „Die Gesamtbevölkerung der Erde beträgt nach den neuesten Zahlen rund 1845 Millionen. Davon sind jedoch nur rund 640 Millionen, also etwa ein Drittel der Weltbevölkerung, als — hauptsächlichste — Käufer von Industriewaren im europäischen Sinne anzupreisen. Die übrigen zwei Drittel der Weltbevölkerung kommen als Käufer für Erzeugnisse der europäischen Industrien vorläufig erst wenig in Betracht, vor allem, soweit es sich um hochwertige Verbrauchsgüter und Produktionsgüter handelt. Nach einer — freilich rohen — Schätzung verteilen sich die rund 640 Millionen Verbraucher von Industriewaren folgendermaßen über die Welt:

	Gesamtzahl Millionen	davon Großstädter Millionen
Europa (ohne Rußland)	355	65
Bereinigte Staaten von Amerika	106	27
Uebrige Welt	182	23
	643	115

Aus dieser Aufstellung geht deutlich hervor, daß eine auf unmittelbare Wirkung abzielende Exportförderung zunächst nur in Europa einen größeren Interessentkreis findet. Denn die 1,2 Milliarden Menschen, die bisher kaum Industrierzeugnisse verbrauchen, werden erst nach Jahren oder Jahrzehnten als Käufer in Betracht kommen.“

Neue Bücher und Zeitschriften

„Handbuch der Novelle zum Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.“ Sozialpolitischer und rechtlicher Kommentar mit Textausgabe des VAWVG, in der Fassung vom 12. Oktober 1929 von Oberregierungsrat Hans Kühne und Regierungsrat Dr. rer. pol. Emin Ramica, Mitglieder der Hauptstelle der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Berlin 1930, Buchdruckerei und Verlag Gustav Schönd Nachf. G. m. b. H., Berlin SW. 68, Holmannstr. 9/10. 508 Seiten. Preis halbleinen 12,50 M., brosch. 11 M. — Wie kein Gebiet der Sozialpolitik ist die Arbeitslosenversicherung auf das engste mit dem ständigen Wandel der Wirtschaft durch die andauernde Veränderung der Konjunktur, der strukturellen und der Saisoneinflüsse verbunden. In langwierigen Verhandlungen des Vorjahres — ausgeht bis zur politischen Krise — ist die Novelle zur Arbeitslosenversicherung vom 12. Oktober 1929 geschaffen worden, die gerade die schwierigsten Fragen in dem komplizierten System der Arbeitslosenversicherung aufgerollt hat. Es sei zum Beispiel an den Begriff der Arbeitslosigkeit als Grundlage des Versicherungssalles für die Unterstützung erinnert, an die fast veränderten Vorschriften der Anwartschaft, der Wartzeit, an die viel umtölpelten Fragen der Rentenrechnung auf die Arbeitslosenunterstützung und schließlich an Gebiete wie die Heimarbeit, die unständige Beschäftigung usw., für die durch die Novelle eine grundlegende Neugefaltung oder zum mindesten die Arbeitsämter als geschaffen worden ist. An vielen Problemen sind nicht nur die Krankentassen interessiert, sondern die Stellen der Arbeitslosenversicherung und alle Krankentassen interessiert, die ja ständigen, engen Zusammenhang mit der Arbeitslosenversicherung haben müssen, deren Mitwirkung durch die Selbstverwaltung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, deren Mitwirkung durch die Selbstverwaltung der Arbeitsämter als geschaffen worden ist. Wenn man allen diesen unumkehrbar an der Arbeitslosenversicherung übergeleiteten Interessenkreisen in die die Wohlfahrtsbestimmungen der Städte einzubeziehen sind, in ungenügender Sprache wie in klarer rechtlicher und wirtschaftlich begründeter Weise die komplizierte Materie erläutern will, so bedarf dies der Vertrautheit mit dem gesamten Fragenkomplex, der in ein einheitliches Ganzes bildet. Zu dieser Kommentierung sind die beiden Verfasser als leitende Beamte der Hauptverwaltung der Arbeitslosenversicherung in Berlin in besonderer Weise berufen und dies um so mehr, als ihr bekannter Spezialkommentar zur berufsbildenden Arbeitslosigkeit, der bereits in zweiter Auflage vorliegt, den praktischen Wert der von ihnen neu beschrittenen Wege der Kommentierung erwiesen hat. Nur wäre die Frage zu prüfen gewesen, ob im jetzigen Stadium der Arbeitslosenversicherung ein solches umfangreiches Handbuch angebracht ist; denn das Gesetz kommt anheimelnd nicht zur Ruhe. Bei einer Neuauflage wäre zu wünschen, daß die sozialpolitische und rechtliche Kommentierung dieses wichtigen Gesetzes in einem Bunde vereinigt wird.

„Die Gemeinde.“ Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Verlag J. S. Diez Nachf., Berlin SW. 68. Bezugspreis monatlich 60 Pfg. Zu beziehen durch alle Postämter und Buchhandlungen oder direkt vom Verlag.

„Illustrierte Reichsbanner-Zeitung.“ Erscheint wöchentlich. Postabonnement monatlich 90 Pfg. Postankarten und Verlag J. S. Diez, Berlin SW. 68, nehmen Bestellungen an.

„Der Wahre Jakob“ ist zum Preise von 30 Pfg. pro Exemplar in allen Volksbuchhandlungen zu haben.

„Frauenwelt.“ Halbmonatsschrift. Preis 40 Pfg., mit Schnittmusterbogen 50 Pfg. Verlag J. S. Diez Nachf., Berlin SW. 68. Bestellungen bei allen Postämtern und Buchhandlungen.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Infolge Einführung der Invalidenunterstützung am 1. Juli 1930 macht sich wiederum ein Wechsel der Beitrags- und Erwerbslosenmarken notwendig. Deshalb werden alle Verbandsmitglieder ersucht, ihre Mitgliedsbücher bis zum Ablauf der 26. Kalenderwoche restlos in Ordnung zu bringen. Ab 27. Woche dürfen nur neue Marken verwendet werden. Wenn trotzdem noch alte Marken geklebt werden, werden diese Marken auf die Anwartschaft zur Invalidenunterstützung nicht in Anrechnung gebracht. Auf den neuen Marken sind die 10 Pfennig Beitrag für Invalidenunterstützung besonders aufgedruckt. Neue Marken werden erst dann geliefert, wenn mit den alten restlos abgerechnet ist. Es kann deshalb nicht auf Nachzügler gewartet werden. Die Zahlstellenkassierer sind verpflichtet, pünktlich abzurechnen, damit die gewissenhaften Beitragszahler mit den neuen Marken nicht in Verzug kommen!

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

Veranstaltungen:

Am 15. Juni in Pasewalk um 14 Uhr in der Börse. — In Lebusa (Zahlstelle Liebenwerda) um 11 Uhr im Raubischen Lokal.

Am 22. Juni in Kolberg um 9 Uhr bei Guhke, Stettiner Straße. — In Darkehmen um 9 Uhr bei Bernotat.

Am 29. Juni in Sorau um 9½ Uhr bei Günzel, Triebeler Straße.

3. Gau. Wegen plötzlicher Erkrankung des Gauleiters, Kollegen Willi Mühlke, hat dessen Vertretung der Kollege Joseph Eisner übernommen. An der Gauadresse hat sich jedoch nichts geändert; Zuschriften sind nach wie vor an die Büroadresse des Kollegen W. Mühlke, Dresden-N. 21, Auerstr. 6, zu adressieren. Der Verbandsvorstand erwartet, daß zur Regelung örtlicher Vorkommnisse vor allem die zuständigen Bezirksleiter herangezogen werden.

Hugsburg. Der Kollege Paul Thiem, geb. 12. Mai 1908 in Bensheim, hat sein Mitgliedsbuch Nr. 80 126 in Unordnung hier zurückgelassen. Kein neues ausstellen!

Verlorene Mitgliedsausweise. In Sproitz das Verbandsbuch Nr. 90 142 für Paul Frindt, Hilfsarbeiter. In Darmstadt Nr. 35 693 für Peter Klappich, Steinmetz.

Die örtliche Reiseunterstützung wird nicht mehr gezahlt: In Schivelbein, Ferleberg, Landsberg (Barthe), Münster (Westfalen), Riesa, Windisch-Eschenbach und Mainz.

Briefkasten

S. F. S. Dem selbständig gewesenen Schwager steht kein Recht auf Rente aus der Verordnung zu, denn es heißt ausdrücklich, daß Staublung bzw. Berufskrankheit nur in Frage kommt durch berufliche Beschäftigung des Versicherten in einem der Versicherung unterliegenden Betriebe. Der Bescheid der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft ist demnach richtig. Dagegen anzugehen ist vergebliche Mühe.

Anzeigen

Das Nachschlagebuch über alles - für alle!

Der Kleine Herder ist ein Lexikon in einem Bande: das vollkommene und brauchbarste. Über 50 000 Artikel. 4000 Bilder und Karten. Gründlich. Praktisch. Handlich. Jedermann verständlich. 30 Mark. Teilzahlungen. Probehefte mit Bildern umsonst in allen Buchhandlungen oder vom Verlag Herder in Freiburg im Breisgau.

Den bekanntesten u. bestbewährten handgearb. Steinbruchsuh. 14.75 Reelleste Beliefer. Hochw. Qualit.

Verlangen Sie Preisliste Herm. Weibers Berufsschuhwerk Bad Godesberg



Steinarbeiterhosen aus III-Drahtleder mit 12er Schuß u. Ledertaschen 13.- Mk., aus II-Drahtleder 9.- und 6.50 Mk. Maurersocken 1.20 Mk. Echt Linder-Manchesterhosen Qual. I 17.-, II 15.-, III 11.- Mk. vers. n. Maß b. Bestellung von 20 Mk. frei Haus, Preisliste u. Muster gratis. Emil Hohfeldt, Dresden 6, Ritterstr. 2

Pflasterhämmer

aus bestem Schweisstahl, Rammen, Brechstangen und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb

Otto Teske, Berlin N 31 Brunnenstraße 82

Bücher die in kein Zahlstelle fehlen dürfen, für Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, empfiehlt ADGB-Verlag Berlin S 14, Inselstr. 6

Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

In Nickenich am 12. Mai der Steinarbeiter Schmitt, 43 Jahre alt, 7 Tage krank, Lungenentzündung.

In Rüthen am 14. Mai der Hilfsarbeiter Fritz Arens, 69 Jahre alt, Gallenleiden, 4 Monate krank.

In Frickenhausen am 21. Mai der Brecher Peter Stüdlein, 55 Jahre alt, 6 Wochen krank, Magenoperation.

In Elberfeld am 25. Mai der Steinsetzer Ernst Roback, 24 Jahre alt, Lungenentzündung.

In Wellerode am 25. Mai der Pflastersteinmacher Andreas Röll, 52 Jahre alt, Herzschlag.

In Niederlinda am 28. Mai der Schmied Joseph Göbel, 63 Jahre alt, Magenkrebs, 7 Monate krank.

In Würzburg am 30. Mai der Steinmetz Johann Grauf, 45 Jahre alt, Asthma, 6 Monate krank.

In Bensheim am 1. Juni der Steinmetz Mathias Böck, 37 Jahre alt, Lungentuberkulose, 56 Wochen krank.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold; Verlag Ernst Wandler, beide in Leipzig.

Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Freigewerkschafter fahren nur

Unternehmen d. Gewerkschaften
Kleinste Wochen oder Monatsraten
LINDCAR-FAHRRADWERK
AKTIENGESellschaft
Berlin - Lichtenrade.

28 Groß-Niederlagen. Auskunft und Bestellung durch alle Ortsausschüsse des ADGB.